

Klausurtagung 2005

Auf der Zielgeraden –

Handlungsfelder für die verbleibenden 1 ½ Jahre der Wahlperiode

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Am 25. und 26. Februar 2005 haben wir unsere diesjährige **Klausurtagung** durchgeführt. Sie fand diesmal in Buckow (Märkische Schweiz) statt und **wir haben neben der intensiven Beratung des Bürgerhaushaltes und der Aktualisierung unserer Kommunalpolitischen Thesen auch ganz konkrete Handlungsfelder für die verbleibenden 1 ½ Jahre der laufenden Wahlperiode einstimmig verabschiedet:**

Bürgerhaushalt

Bei der Aufstellung des Bürgerhaushaltes werden wir konstruktiv-kritisch mitwirken und die Pluralität des Prozesses sicherstellen. Dazu werden wir eine offensive Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Jugend

Wir wollen eine qualitative Bewertung der Angebote der Jugendarbeit. Denn eine Absenkung der Mittel über die bereits beschlossenen drastischen Einsparungen hinaus (wie z.B. bei den Hilfen zur Erziehung) darf es ohne Sicherung der Qualität auf keinen Fall geben. Mindestens zwei JFE pro Region (außer Region 5) sollen in öffentlicher Trägerschaft beleiben. Die Arbeit des Kinder- und Jugendparlamentes werden wir aufmerksam begleiten und es nötigenfalls vor parteipolitischen Instrumentalisierungen schützen.

Kitas

Im Sinne einer Stärkung der Pluralität der Angebote und der Sicherung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern, müssen zügig weitere Kitas (insgesamt mindestens zwei Drittel) in freie Trägerschaft übergeben werden. Die kommunalen Kitas werden

spätestens zum 01.01.2006 in einem Kita-Eigenbetrieb zusammengefasst. Hier ist die Zusammenarbeit mit angrenzenden Bezirken (z.B. Marzahn-Hellersdorf, Pankow u.a.) zu prüfen. Die Förderung der Sprachentwicklung der Kinder in den Kitas muss ausgebaut werden und es sollen verstärkt Inhalte und Fähigkeiten zum Themenkomplex „Gesundheit – gesunde Ernährung – Sport – Bewegung“ vermittelt werden.

Kultur

An der Erarbeitung des Kulturentwicklungsplanes (KEP) werden wir unter folgenden Prämissen mitwirken: 1. Kommerziell erfolgreiche und gefragte Kulturangebote müssen deutlicher unterstützt werden, um eine größere Genrevielfalt zu erreichen. 2. Alltagskultur und Kunstgewerbe dürfen nicht gegen die künstlerischen Angebote in den bezirklichen Einrichtungen ausgespielt werden. 3. Die Öffentlichkeitsarbeit der bezirklichen Kultureinrichtungen muss deutlich verbessert werden, damit die (Tatsächlich vorhandene!) kulturelle Vielfalt des Bezirks im öffentlichen Leben sichtbar wird.

Gesundheit

Der öffentliche Gesundheitsdienst muss sich einer umfassenden Aufgabenkritik unterziehen, um das Subsidiaritätsprinzip stärker als bisher zur Geltung zu bringen. Deshalb wird das Gesundheitsamt künftig nur noch subsidiär und sozialkompensatorisch tätig sein, wenn andere Leistungserbringer diese Aufgaben nicht mehr oder nicht in der nötigen Komplexität erfüllen können (z. B. Rückgang der Kassenleistungen) oder die Zielgruppen nicht erreichen können (Illegalität, Obdachlose u.ä.). Suchtprävention ist unser weiterer Schwerpunkt in diesem Bereich.

Soziales

Zur möglichst objektiven Beurteilung zukünftiger Förderungen durch den Bezirk wollen wir das vom Bezirksamt vorgelegte Gemeinwesenkonzept konkreter fassen und in seinem zentralistischen Ansatz kritisieren. In diesem Konzept könnten wir dann die notwendigen Leistungen und Angebote des Bezirks beschreiben, die nicht unmittelbar von der Kommunalverwaltung vorgenommen werden müssen und die wichtigsten Angebote freier Träger sichern helfen.

Stadtentwicklung

In den nächsten Jahren nicht mehr benötigte Gemeinbedarfseinrichtungen sollen - sofern keine öffentliche oder private Nachnutzung möglich ist - zur Vermeidung von Verwahrlosungstendenzen im Umfeld abgerissen werden. Wir begrüßen den Bau des Ringcenters III (Kaufhof) und werden dazu die Schaffung von geändertem Planungsrecht vorantreiben. Gleichzeitig werden wir die Zukunft des Anton-Saefkow-Platzes mit einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan sichern.

Grünflächen/Umwelt

Wir unterstützen eine Initiative gegen die unsinnigen und nachteiligen Regelungen des überbezirklichen Wertausgleichs bei Grünflächen. Besonders wichtig ist auch der Schutz der Menschen vor Umgebungslärm. Wir drängen deshalb auf zügige Umsetzung des neuen EU-Rechts (u.a. Erstellung von Lärmschutzkarten).

Rechtsextremismus

„Last but not least“ wird der Kampf gegen den Rechtsextremismus unser Handeln bestimmen. Dazu werden wir die Umsetzung des Aktionsplanes gegen Rechts vom Bezirksamt einfordern.

Gastkommentar

diesmal von **Michael Heinisch**, Geschäftsführer der Sozialdiakonischen Jugendarbeit Lichtenberg e.V.

Persönliche oder familiäre Krise? - Dann zuerst den Bezirk wechseln!

In Lichtenberg gibt es sehr viele gut funktionierende Familien. Ich bin fast sicher: Sie, lieber Leser, leben auch in solchen Familien und/oder leben ohne „Unterstützung vom Staat“. Welch ein Glück! Und wir wissen, dass es Lichtenberger Kinder, Jugendliche und Familien gibt, die aus vielerlei Gründen in Not-situationen geraten und Unterstützung benötigen.

Wenn die Unterstützung im familiären oder nachbarschaftlichen Umfeld nicht ausreicht, gibt es in Deutschland Unterstützungssysteme, die vom Jugendamt initiiert und finanziert werden. Auch das ist ein Glück – außer in Lichtenberg. **Menschen, die in Lichtenberg Unterstützung durch das Jugendamt benötigen, haben oft einfach Pech.** Denn Lichtenberg spart bei hilfesuchenden Jugendlichen und Familien, koste es, was es wolle. Anders sind die aktuellen Entwicklungen des Jahres 2004 kaum zu erklären: 1. Reduzierung aller „Fremdunterbringungen“ (das sind Heimunterbringungen etc.) um ca. 30% - das hat kein anderer Berliner Bezirk vorzuweisen, 2. Reduzierung der Krisenunterbringung sowie der Tagesgruppen für Kinder und Jugendliche innerhalb eines Jahres mehr als 40% - auch das hat kein anderer Berliner Bezirk vorzuweisen, 3. Reduzierung bei der Jugendberufshilfe um ca. 35%, 4. geringste Ausgaben in ganz Berlin bei den Betreuungs- und Familienhilfen. Wir sprechen hier nicht von einem Jahrzehnt, sondern von den Reduzierungen innerhalb von 12 Monaten im Jahr 2004. Solche Kürzungen bei „Hilfen zur Erziehung“ dürften in ganz Deutschland bei-

spielloos sein und erscheinen „guinness-buchverdächtig“. Ja, wir alle wissen: Berlin hat kein Geld. Deshalb werden die Budgets auch im Bereich der Hilfen zur Erziehung sukzessive reduziert. Weshalb allerdings die abgesenkten Budgets nicht ausgeschöpft werden, um Not zu lindern und Kindern, Jugendlichen und Familien mittelfristig gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, erschließt sich dem Betrachter nicht: **Vom zur Verfügung stehenden Budget 2004 in Höhe von reichlich 30 Millionen Euro wurden etwa 5 Millionen Euro nicht ausgegeben!** Das Jugendamt hat nun hierüber im Haushaltsausschuss des Bezirks berichtet. Es ist ausschließlich ein Erfolgsbericht, voller Stolz auf jede einzelne realisierte Kürzung. Mir verschlägt es angesichts dieser Kürzungssorgie jedoch eher die Sprache. Denn: - ich möchte nicht in der Haut des Hilfesuchenden stecken, der dem Zugang zur notwendigen Hilfe im Hürdenlauf durch das Jugendamt nicht mehr gewachsen ist, - hier wird der gesellschaftliche Konsens zum solidarischen, partizipativen Umgang mit den „Armen“, „Schwachen“ und „Hilfesuchenden“ verändert, - mehrere Hilfearten werden von der Verwaltung durch Nichtbelegung ausgetrocknet, insbesondere Mutter-Kind-Wohnprojekte, Jugendberufshilfe, Tagesgruppen, - der Bezirk Lichtenberg wurde vom Finanzsenator nun ausgemacht als neuer Musterbezirk. Die Befürchtung: das Lichtenberger Beispiel wird reduzierende Auswirkungen haben auf die Finanzzuweisungen für alle Berliner Bezirke. Was ist passiert? Haben die Mitarbeiter im Jugendamt ihre Arbeit verlernt? Nein. Dort sind nach wie vor viele

Profis zu finden, die sehr genau in gemeinsamen Prozessen mit ratsuchenden Menschen Lösungswege entwickeln können. Der kulturelle Wechsel kann nur irgendwann und irgendwo in der Verwaltungsleitung des Jugendamtes geschehen sein. Die Kultur der Betrachtungsweise der Lichtenberger Bürger scheint verändert worden zu sein. Er ist im Jugendamt nicht mehr ratsuchender Bürger, sondern zum Kostenverursacher geworden. Sicher tut es Not, „Hilfe vom Staat“ auch unter Kostenaspekten zu betrachten. Sicher sind auch Kostenreduzierungen anzustreben, die Lichtenberger Haushaltsplanentwicklung der letzten Jahre bildet das ab. Nicht gewollt war jedoch die Veränderung des gesellschaftlichen Konsenses dazu, das nötig werdende Hilfen in der geeigneten Art erbracht werden. Genau dies ist jedoch geschehen. Was nun? Liebe Leser, ich bin sicher, wenn in ihrer Familie, im Bekanntenkreis oder in der Nachbarschaft Einzelne oder Familien stolpern und Unterstützung benötigen, werden Sie versuchen zu helfen. **Falls Unterstützung durch das Jugendamt notwendig werden sollte, schlage ich vor, den Hilfebedürftigen zu raten, sich erst in einer Wohnung eines anderen Bezirkes anzumelden, bevor das Jugendamt aufgesucht wird.** Denn die Lichtenberger Verwaltungshürden sind so hoch, das sie für die gestrauchelten Familien eher zur zusätzlichen Stolperfalle werden können. Oder? Die kulturelle Korrektur kann nur durch die Leitung des Jugendamtes erfolgen. Bisher ist jedoch leider weder im Bezirksamt noch in der Jugendamtsleitung überhaupt ein Problembewusstsein zu erkennen.

Ist endlich ein Kulturentwicklungsplan in Sicht?

Was lange währt...

von *Marianne Nedwed*, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg und deren Sprecherin für Kultur

Bereits vor zehn (!) Jahren wurde im Altbezirk Lichtenberg aber auch in Hohenschönhausen ein Kulturentwicklungsplan – KEP – (ähnlich den Entwicklungsplänen im Schul- und Kita-Bereich) gefordert.

Im neuen Großbezirk und bei immer knapper werdenden Haushaltsmitteln ist diese Forderung um so berechtigter. Nun hat das Kulturamt endlich etwas vorgelegt – eine Gliederung für den noch zu

erstellenden Plan! Immerhin... Aller Anfang ist ja bekanntlich schwer. Das Amt hat nun die Aufgabe, in einem ersten Schritt eine Bestandaufnahme aller kulturellen Einrichtungen mit ihren Inhalten und Projekten vorzulegen. Dann werden wir uns in der Fraktion eingehend damit befassen. Dazu ist dann auch Ihre Meinung zu Kultureinrichtungen in Ihrer Umgebung gefragt, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Fraktion
in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein,
Boris Schymetzko